

Leipzig stimmt ab

Bürgerinitiative will Teilverkauf der Stadtwerke verhindern

Von Thomas Strohm

LEIPZIG. Den Rucksack prall gefüllt mit Broschüren ist Mike Nagler auf dem Weg zur Nikolaikirche in der Leipziger Innenstadt. Dort wollen er und seine Mitstreiter von der Bürgerinitiative „Stoppt den Ausverkauf unserer Stadt“ Info-Blätter verteilen und Passanten davon überzeugen, gegen Privatisierung zu stimmen. Denn am Sonntag eröffnet der erste Bürgerentscheid in der Geschichte der Stadt den Leipzigern die Chance, den Verkauf kommunaler Unternehmen zu verhindern.

Das Interesse sei groß, sagt der 29-Jährige. „Es geht halt nicht nur darum, irgendeine Person für ein paar Jahre in ein Amt zu wählen. Die Leute können direkt Einfluss nehmen. 42 000 Leipziger haben mit ihrer Unterschrift den Entscheid erzwungen. Nun liegt die Latte höher: Es muss nicht nur die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erreicht werden, es müssen mindestens 25 Prozent der Wahlberechtigten, rund 104 000 Leipziger, mit „Ja“ stimmen, um den Verkauf städtischer Firmen zu stoppen. An dieses Votum wäre die Stadt drei Jahre gebunden. Die Privatisierungsbefürworter im Rathaus machen kein Hehl daraus, dass sie darauf hoffen, dass der Entscheid an einer zu geringen Beteiligung scheitert.

Die Leipziger entscheiden zwar generell über kommunale Unter-

nehmen. Aktuell geht es aber um die Zukunft ihres Strom-, Gas- und Fernwärmelieferanten: Knapp die Hälfte der Stadtwerke-Anteile sollen an einen privaten Investor verkauft werden.

Газ de France, der von Oberbürgermeister Burkhard Jung (SPD) favorisierte Bieter, will 520 Millionen Euro zahlen. Die Argumentation der Stadtoberen: Mit dem Geld könnte die Kommune einen Teil ihrer hohen Schulden begleichen, müsste nicht mehr so viel für Zinsen aufbringen, hätte größeren Spielraum für Investitionen, etwa um Schulen und Kindertagesstätten zu sanieren.

Stadt argumentiert mit zusätzlichem Geld für Kitas und Schulen

Ausverkauf sei keine Lösung, sagt Nagler. Eine kurzfristige Entlastung ändere nichts an dem grundlegenden Problem: „Die Kommunen sind für die Vielzahl ihrer Aufgaben finanziell zu schlecht ausgestattet.“ Das zeige der Blick nach Dresden: Nach dem Verkauf der Wohnungsbaugesellschaft Woba sind dort 2006 zwar die alten Schulden weg gewesen, inzwischen werde aber schon wieder eifrig über neue diskutiert.

Nagler schlägt stattdessen vor, einen bestimmten Prozentsatz des Stadtwerke-Gewinns für Schulen und Kitas zu verwenden. Bei ei-

nem Verkauf fürchtet die Initiative, ein breites Bündnis mit Unterstützung aus Bürgervereinen und Gewerkschaften, dass der Gewinn der Stadtwerke nicht mehr wie bisher dem öffentlichen Nahverkehr in Leipzig zu Gute kommt, sondern die Profite international agierender Konzerne steigen lässt. Im Rathaus wird beteuert, die Finanzierung der Verkehrsbetriebe sei gesichert.

Die Bürgerinitiative warnt zudem, dass mittelständische Unternehmen der Region, die momentan viele Aufträge der Stadtwerke erhalten, künftig leer ausgehen könnten. Oberbürgermeister Jung trommelt dennoch für den Verkauf, die Kommune behalte ihren Einfluss sagt er mit Blick auf die Mehrheitsbeteiligung.

Nagler sieht das anders: Wenn erst der Anfang gemacht ist, sei absehbar, dass die klamme Kommune weitere Anteile der Stadtwerke versilbern werde. Auch andere städtische Firmen stünden bald auf der Verkaufsliste. Jung bestreitet das, ungehemmte Privatisierung stehe nicht zur Debatte.

Nagler hofft vor allem, dass der Bürgerentscheid nicht an zu geringer Beteiligung scheitert. Stimmen die Leipziger für die Privatisierung müsse man das akzeptieren. Eines aber haben Nagler und seine Mitstreiter in jedem Fall erreicht: Still und ohne großes Aufsehen können die Stadtwerke-Anteile nicht mehr verscherbelt werden.